Rheinland-Pfalz startet Verhandlungen mit Islamverbänden

26. April 2023



Mainz (KNA) Die rheinland-pfälzische Landesregierung startet mit den Islamverbänden Verhandlungen zu einem Grundlagenvertrag. Das teilte das Wissenschaftsministerium am Dienstag nach einer Sitzung des Ministerrats mit. In den Gesprächen soll es vor allem um Feiertage, Bildung und Forschung in Schule und Hochschule sowie um Seelsorge und Begräbnisse gehen.

Verhandlungspartner des Landes sind die vier islamischen Landesverbände der Ditib, der Schura und der Ahmadiyya Muslime sowie der Verband der Islamischen Kulturzentren.

Wissenschaftsminister Clemens Hoch (SPD) teilte mit: „Wir wollen muslimisches Leben in Rheinland-Pfalz sichtbar machen.“ Musliminnen und Muslime bildeten hinter den beiden großen Kirchen die drittgrößte religiöse Gemeinschaft im Land. Eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit sei für viele Muslime ein wichtiges Zeichen der Anerkennung und Gleichbehandlung. Die Verhandlungen sollen ab 1. Juni beginnen; ein Vertrag soll in dieser Legislaturperiode bis 2025 abgeschlossen werden, so Hoch.

In Rheinland-Pfalz leben laut Landesregierung etwa 200.000 Muslime. Bereits 2014 strebten Land und Verbände eine Zusammenarbeit ein, angelehnt an die Verträge mit den beiden großen Kirchen und dem Landesverband der jüdischen Gemeinden. Die Verhandlungen wurden 2016 nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Regierung und ihren Gegnern ausgesetzt und um Gutachten zur Unabhängigkeit der Landesverbände ergänzt.

© KNA

Beitragsbild: jorono via pixabay.com

Stand: 16. November 2026